

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

15. März – 21. März 2025

Die französische Nationalversammlung hat der Schaffung einer nationalen Staatsanwaltschaft zur Bekämpfung des Drogenhandels zugestimmt. Laut Justizminister Darmanin soll diese neue Behörde der „Schlussstein“ in der staatlichen Strategie zum Kampf gegen den Drogenhandel sein. Auch die Einrichtung einer „nationalen Staatsanwaltschaft zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität“ nach dem Vorbild der nationalen Antiterror- oder Finanzstaatsanwaltschaften fand breite Zustimmung. Die umstrittensten Artikel wurden jedoch noch nicht behandelt. Dazu gehören das „gesonderte Protokoll“, die so genannte „Tresorakte“ (die es ermöglicht, Informationen über die Ermittlungstechniken der Polizei während des Gerichtsverfahrens zu speichern, ohne dass Anwälte sie einsehen können) und der Zugriff auf verschlüsselte E-Mails von Verdächtigen. Diese Themen sind noch umstritten und könnten zu einem weiteren Prüfstein für die Regierungskoalition werden. Die Schlussabstimmung ist vorerst für Dienstag, den 25. März geplant. Bis dahin müssen in den laufenden Beratungen allerdings noch nicht weniger als 696 Änderungsanträge geprüft werden.

Der französische Präsident Emmanuel Macron hat die Schaffung von zwei neuen Rafale-Staffeln zur Verstärkung der nuklearen Abschreckung angekündigt. Bei seinem Besuch auf dem Militärstützpunkt in Luxeuil-les-Bains am Dienstag, dem 19. März, kündigte der Staatschef auch an, dass die neueste Generation von Rafale-Flugzeugen (die 7. und 8. Staffel sollen 2032 bzw. 2033 geschaffen werden) und ihre neuen Hyperschallraketen bis 2035 auf dem Militärstützpunkt im Département Haute-Saône stationiert werden sollen. Macrons Ankündigungen sollen die Glaubwürdigkeit der französischen Abschreckung erhöhen. Sie sind auch Teil des Modernisierungsprogramms, das im aktuellen Militärprogrammgesetz vorgesehen ist. Darin sind jährlich mehr als € 5 Milliarden Euro für die Modernisierung der Abschreckung vorgesehen.

Die französische Regierung wird ein Anlageprodukt ab € 500 zur Finanzierung der Verteidigung auf den Markt bringen. Wirtschaftsminister Eric Lombard kündigte am Donnerstag, dem 20. März, die baldige Einführung dieses Sparprodukts an, mit dem Privatpersonen Unternehmen im Verteidigungssektor finanzieren können. Die genaue Ausgestaltung der Anlage wird momentan noch diskutiert, soll es aber ermöglichen, mindestens € 500 und bis zu einigen tausend Euro anzulegen. Laut Minister werden die Gelder mindestens fünf Jahre lang eingefroren. Einen Zinssatz wurde bisher aber nicht genannt. Der Fonds soll laut Minister ca. € 450 Mio. einbringen, wohingegen die Rüstungsunternehmen laut Lombard ca. € 5 Mrd. benötigen. Diese Lücke soll von anderen Investmentfonds und Banken geschlossen werden die diverse Anlageprodukte an Privatpersonen anbieten.

Die diplomatischen Spannungen zwischen Frankreich und Algerien verschärfen sich weiter, da Algerien sich weigert, mehrere seiner aus Frankreich ausgewiesenen Staatsangehörigen – darunter Straftäter oder Personen ohne Ausweispapiere – wieder aufzunehmen. Innenminister Bruno Retailleau kündigte daher eine „gestaffelte Reaktion“ Frankreichs an, während Premierminister François Bayrou Algerien mit der Kündigung des bilateralen Abkommens von 1968 über die algerische Einwanderung nach Frankreich drohte. Die erste konkrete Maßnahme ist jedoch die Aussetzung des Abkommens von 2007 über die Visafreiheit für Inhaber von Diplomatenpässen. Retailleau bedauerte die Weigerung Algeriens, internationales Recht anzuwenden. Bezüglich der Rücktrittsdrohung Retailleaus für den Fall, dass die Regierung von ihrer harten Haltung gegenüber Algerien abrücke, stellte sein Umfeld klar, dass er nicht zurücktreten werde, solange die getroffenen Entscheidungen umgesetzt würden.

Die Verhandlungen über die Rentenreform sind ins Stocken geraten, insbesondere nach den jüngsten Äußerungen von François Bayrou, der eine Rückkehr zum Renteneintrittsalter von 62 Jahren ausgeschlossen hat. Es ist unklar, ob die Gesprächsrunde zur Rentenreform tatsächlich bis Ende Mai fortgesetzt wird. Mit jedem Tag scheint das unwahrscheinlicher. Bereits zwei Gewerkschaften – Force Ouvrière (FO) und die Union des entreprises de proximité (U2P) – hatten die Gespräche verlassen. Am 19. März, kündigte Sophie Binet, die Generalsekretärin der Confédération générale du travail (CGT), an, dass auch ihre Gewerkschaft die Verhandlungen beendet. Dies geschah nach einer internen Beratung und vor der Fortsetzung der Gespräche, die seit Ende Februar zwischen der Regierung und den Gewerkschaften geführt wurden. Laut Sophie Binet haben Premierminister François Bayrou

und die Arbeitgeberseite die Verhandlungen endgültig begraben, obwohl es ursprünglich als ergebnisoffene Diskussion angekündigt worden war. Die CGT-Chefin bleibt dabei, dass eine Abschaffung der Rentenreform möglich sei, ohne das finanzielle Gleichgewicht des Systems zu gefährden.

Die französische Regierung wird den am 18. Februar vom Senat verabschiedeten Gesetzesvorschlag zum Verbot des islamischen Kopftuchs im Sport so schnell wie möglich auf die Tagesordnung der Nationalversammlung setzen.

Der französische Premierminister François Bayrou will damit wohl die Dissonanzen beenden, die sich in den letzten Tagen bei diesem Dauerthema aufgetürmt haben. So hatten sich Sportministerin Barsacq, Innenminister Retailleau und Justizminister Darmanin unabhängig voneinander mit unterschiedlichen Meinungen zu Wort gemeldet. Die Bestrebungen der Rechten, das Tragen von Kopftüchern im Sport zu verbieten, sind nicht neu. Das geltende Recht sieht zwar vor, dass Beamte und ihnen gleichgestellte Personen bei der Ausübung ihrer Tätigkeit ihre Überzeugungen und Meinungen nicht zum Ausdruck bringen dürfen, doch dieses Neutralitätsgebot gilt nicht für Verbraucher, was Sportler de facto ausschließt. Seit einigen Jahren drängt die Regierung jedoch die Sportverbände, ihre Satzungen zu ändern, da das Sportministerium der Ansicht ist, dass auch die Spielerinnen und Spieler während eines Wettkampfs sich daran halten müssen. Der französische Fußballverband hat dies 2016 getan, gefolgt vom Basketballverband 2022, dem Volleyballverband 2023 und dem Rugbyverband 2024. Die Verbände für Leichtathletik und Handball haben sich bisher geweigert, mitzumachen. Mit einer Entscheidung im Parlament soll nun Klarheit geschaffen werden.

PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN



In der Mitte dieser Woche fand die konstituierende Sitzung der Freundschaftsgruppe Frankreich-Deutschland der französischen Nationalversammlung statt. Die Vorsitzende der Gruppe, **Sabine Thillaye**, begrüßte die Mitglieder in der Assemblée Nationale, bevor sie im Hôtel de Beauharnais, der Residenz des deutschen Botschafters in Frankreich, vom deutschen Botschafter Stefan Steinlein und der Gesandten Gudrun Lingner empfangen wurden. Bei der feierlichen Konstituierung wurde die Bedeutung der deutsch-französischen Partnerschaft bekräftigt und der Willen beider Länder, diese weiter zu stärken, unterstrichen.

DIE ZAHL DER WOCHE

€ 7,7 Milliarden

| | | | |
|---|---|---|---|
| 3 | 8 | 4 | 7 |
| 0 | 2 | 6 | 5 |
| 5 | 4 | 3 | 1 |
| 7 | 8 | 9 | 2 |
| 9 | 2 | 0 | 1 |

So hoch ist der historische Nettoverlust der Banque de France (Französische Zentralbank) für das Jahr 2024. Der Verlust sei insbesondere eine Folge der hohen Zinssätze, die die Europäische Zentralbank (EZB) im vergangenen Jahr festgelegt hatte. Im Einzelnen weist die Banque de France einen operativen Verlust von € 17,9 Mrd. aus, der durch in der Vergangenheit gebildete Rücklagen in Höhe von € 10,1 Mrd. ausgeglichen wird. Die Bank hatte bereits 2023 einen operativen Verlust von € 12,4 Mrd. zu verzeichnen, diesen aber bis dahin vollständig ausgeglichen und ein Nettoergebnis von Null ausgewiesen. Der Gouverneur der Banque de France, François Villeroy de Galhau, wies jedoch darauf hin, dass „[die] Finanzlage der Banque de France [...] ausreichend solide [ist]“. Er merkte an, dass der Verlust für 2025 geringer sein werde und schloss eine Rekapitalisierung durch den Staat als Anteilseigner aus.